

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 18

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Alltag drüben

Anwohnen

Vor einigen Jahren galt es für die sowjetischen Wohnverhältnisse als charakteristisch, dass einer, der laut gültigen Normen zum Bezug einer Wohnung berechtigt war, noch seine zehn Jahre warten musste, bis er auch tatsächlich einziehen konnte. Inzwischen ist in der UdSSR viel gebaut worden. Wie lange muss ein Berechtigter wohl heute noch warten? Nun, vielleicht sogar etwas länger als zehn Jahre. Das ist der Fortschritt.

In den sowjetischen Veröffentlichungen pflegt man die Wohnsituation in der Ukraine noch verhältnismässig gut zu nennen, jedenfalls besser als in der Moldau, in den zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken (die Wohnungsnot in Moskau ist noch eine separate Sache für sich). Indessen gibt es laut «Iswestija» (8. 8. 1984) auch in dieser Region «beträchtliche Schwierigkeiten» bei der Wohnraumbeschaffung. Der Wohnbauplan ist in den letzten vier Jahren nur zu 50 bis 60 Prozent erfüllt worden.

Der Staat kann die nötige Zahl an staatseigenen Wohnungen nicht mehr garantieren. Deshalb ist man (auch allgemein in der UdSSR) dazu übergegangen, die Wohnbaugenossenschaften zu fördern. Mit dem erklärten Ziel, dass die Leute als Genossenschaftler rascher zu ihren Wohnungen gelangen können. Aber wie sieht es auf diesem explizit geförderten Sektor in Wirklichkeit aus? In der Ukraine warten momentan 250 000 Familien von Genossenschaftsmitgliedern ihrem Anrecht und ihrer schon erfolgten grossen Anzahlung entsprechend darauf, eine Genossenschaftswohnung zu erhalten. Und gebaut werden im Rahmen der Wohnbaugenossenschaften jährlich 24 000 Wohnungen. Das ist die Situation eines bevorzugten Sektors in einem relativ bevorzugten Teil der UdSSR...

In der sowjetischen Verfassung wird das Recht auf Wohnung gewährleistet, und der Staat pflegt die Wohnflächennormen pro Person festzulegen. Vor kurzem hat man die Wohnfläche pro Kopf von 9 m² auf 12 m² erhöht. Das ist ein normativer Fortschritt. Nur leider besagt er an sich überhaupt nichts, weil es auf die verfügbare Wohnfläche ankommt.

Wer für sich und seine Familie weniger Platz als seine 12 m² pro Person hat (zum Beispiel als Zimmermieter in einer Mehrfamilienwohnung, einer sogenannten Kommunalwohnung), der kann sich beim Wohnungsamt als Bezugsberechtigter für eine eigene (oder eine grössere) Wohnung eintragen lassen. Aber die Wohnung, die hat er damit noch nicht, buchstäblich noch lange nicht. Er kommt auf eine Warteliste, und auf dieser rutscht er nach. Jahrelang, vielleicht ein Jahrzehnt lang. Dann bezieht etwa eine Fa-

milie aus drei Generationen die Wohnung, die für die Familie aus zwei Generationen beantragt worden war. In der Zwischenzeit werden auf der Liste wichtigere Leute vorgezogen, die das durchzusetzen vermögen. Und in der Praxis auch Leute, welche mit erheblichem Bestechungsgeld (oft mehr als ein Jahreszins) nachhelfen. Wer das nicht tut, muss sogar auf den Wartepplatz warten.

Gleichzeitig wird bei dieser Entwicklung das offizielle Billigwohnen immer mehr zur Theorie. Die Genossenschaftswohnungen muss man kostendeckend zahlen (d. h. anzahlen und abzahlen), und beim Bezug von staatlichen Wohnungen sind die Hauptkosten ausseramtlicher Natur. Zum nominellen Billigpreis von 13 Kopeken pro Quadratmeter und Monat hat man in den letzten Jahren praktisch nur betriebseigene Wohnungen erhalten, aber dort sind für kleine Leute die Wartezeiten von zehn Jahren kein Höchst-, sondern ein Mittelmass.

Die sowjetische Wohnungsnot ist so gross, dass viele Leute nicht einmal die alte Norm von

«Der Moskauer Sowjet (Stadt-Parlament) soll sich dafür einsetzen, dass die Wünsche der Werktätigen erfüllt werden. Beim Zuteilungssystem für Wohnungen ist Ordnung zu schaffen; insbesondere sind Massnahmen zu ergreifen, damit die Arbeit des Apparates und der zuständigen Abteilung des Bezirkssowjets (Exekutive) bezüglich Registrierung und Verteilung des Wohnraumes verbessert wird. Die Reihenfolge bei der Wohnungszuteilung wird häufig verletzt. Hausreparaturen werden schlecht organisiert; man hält die Termine nicht ein, und die Qualität der Leistungen bleibt schlecht.»

Bericht über eine Sitzung der Parteigruppe der Moskauer Stadt-Abgeordneten in «Iswestija», Moskau, 23. 8. 1984

9 m² für sich haben; es gibt Familien, die in einer «Kommunalwohnung» nur den einen Teil eines Zimmers für sich beanspruchen können.

Die Lösung des Wohnproblems ist nur über ein genügendes Angebot an Wohnraum zu erreichen; gleichzeitig würde das auch die Korruptionswirtschaft bei der Wohnungssuche eindämmen. Zusätzlicher Wohnraum wird denn auch versprochen – wie schon seit Jahrzehnten. Dass die Versprechungen nie zur Gänze erfüllt werden, hängt damit zusammen, dass Wohnungen halt Konsumgüter sind, und diese kommen im Sozialismus immer nach den kriegswichtigen und überhaupt machtwichtigen Gütern.

Ein spezifischer Grund für die anhaltende Wohnungsnot ist die Qualität der doch erstellten Wohnbauten. Sie werden von den zuständigen Stellen oft in einem jämmerlichen Zustand abgenommen und sind einem frühen Verfall geweiht. Schlimmstenfalls geht der Zustand, in welchem eine Wohnung *noch nicht* bewohnbar ist, nahtlos in den Zustand über, in welchem sie *nicht mehr* bewohnbar ist.

In Kürze

Sherlock Magyar

Als amtlich anerkannte Berufsleute kommen Privatdetektive in den sozialistischen Ländern im allgemeinen nicht vor. Aber in Ungarn gibt es sie doch. Und mit ihnen auch die Frage, wie sie zum System passen.

Vor einigen Jahren wurde in Budapest unter dem hübschen Namen «Pinkerton-Büro» die erste Privatdetektei in sozialistischen Verhältnissen gegründet. Seither haben sich die Pinkertons vermehrt, und seither (so gibt wenigstens die grosse Budapester Tageszeitung «Magyar Hirlap» in ihrer Beilage vom 4. 8. 1984 an) ist auch eine Diskussion darüber entstanden, ob Privatdetektive in einem sozialistischen Land wirklich *benötigt* würden oder nicht. Dass sie mit dem Sozialismus *vereinbar* sind, das ist mit ihrer Zulassung ja schon entschieden worden – oder sollte das Problem allfälligerweise zur Wiedererwägung kommen?

Laut «Magyar Hirlap» halten «viele Leute» die Privatdetektive für etwas völlig Überflüssiges; ihre Arbeit würde besser durch die Polizei geleistet. Die Zeitung findet diese Ansicht etwas zu summarisch. Man müsse immerhin einräumen, dass die Zahl der nicht aufgeklärten Straftaten noch sehr gross sei; letztes Jahr sei rund ein Drittel aller Delikte aus diesem Grund straflos geblieben. Und: «Das Ansehen der Polizei wird dadurch nicht geschwächt, dass auch private Personen in die Untersuchung eingeschaltet werden.»

Wenn das die Erwägungen sind, müsste man sich unter den ungarischen Privatdetektiven eigentlich eine Art ausseramtlicher Hilfspolizisten vorstellen. Vielleicht zieht man es zur Verteidigung dieses Berufsstandes auch vor, von solchen Aspekten der Sache zu reden. Die Polizei, dein Freund und Helfer; der Privatdetektiv, *ihr* Freund und Helfer. Auch wenn er in privatem Auftrag nach privaten Dingen schnüffelt, oder dann sogar erst recht? Allez savoir.

Indessen kann es bei dieser Institution doch nicht sein Bewenden mit parapolizeilichen Aufgaben haben. Denn für polizeiliche oder sicherheitsdienstliche Spitzelaufträge ist man in den sozialistischen Ländern wahrhaftig nicht auf Privatdetekteien angewiesen; da presst man mehr Leute für weniger Geld ein. Überdies macht die Diskussion über die Brauchbarkeit von Privatdetekteien in sozialistischen Verhältnissen eher einen defensiven Eindruck, und über getarnte Ablagen der polizeilichen Überwachung pflegt man nicht öffentlich zu debattieren. Um so besser für die private Sache der privaten Säckelchen.